

Wann ist Schluss mit der Doppelerhebung von Daten?

Kreisversammlung Donnersberg mit Draht nach Berlin

Bei der Kreisversammlung des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd im Donnersbergkreis konnte der Kreisvorsitzende Gerold Füge neben BWV-Präsident Eberhard Hartelt, politischer Prominenz aus dem Kreis und zahlreichen Landwirten auch Benjamin Walker, den Leiter des Fachbereichs Parlament, Politik und Gesellschaft beim Deutschen Bauernverband (DBV), aus Berlin begrüßen. Dieser war per Video zugeschaltet.

Walker hielt ein Referat zum Thema „Landwirtschaftliche Interessenvertretung – der DBV im politischen Berlin – eine Standortbestimmung im Nachgang der Bundestagswahl 2025“. Zuerst stellte er die Frage in den Raum, ob mit der neuen Bundesregierung ein Politik- oder nur ein Politikerwechsel stattfindet. Eine Frage, die derzeit noch nicht beantwortet werden kann. Walker stellte die Lobbyarbeit des DBV vor. Es sind in Berlin 6 000 Lobbyisten registriert. Zur Lobbyarbeit nannte er folgende Definition: „Es ist das Bemühen, Entscheidungsträger von eigenen Argumenten zu überzeugen. Dazu gehören alle Maßnahmen, die dazu dienen, öffentliche und politische Meinungsbildung zu beeinflussen und bestenfalls auf Gesetzgebungsverfahren einzuwirken.“

Lobbyisten für Landwirtschaft sind sehr beschäftigt

Walker ist ein Lobbyist für die Bauern. Der DBV hat 18 Landesverbände, 375 Kreisverbände und vertritt 250 000 Bäuerinnen und Bauern mit ihren Familien. „Der Ländliche Raum ist das Rückgrat der Gesellschaft, wir haben eine wichtige Funktion“, betonte Walker. Es gibt nun 25 Abgeordnete in der grünen Branche, neun davon sind Landwirte und Agrarökonom. Sie müssen ihre Fraktionen überzeugen, die oft aus dem städtischen Milieu kommen. Da geht es dann um Fragen:

- Weshalb brauchen Landwirte und Winzer Pflanzenschutzmittel?
- Weshalb können Landwirte keinen Mindestlohn von 15 Euro zahlen?

Solche Fragen werden meist schon vorausblickend mit Abge-

ordneten besprochen, dafür ist dann auch die IGW gut zu nutzen. Es gelte aber auch das Gras in Berlin wachsen zu hören, welche Themen in der Gesellschaft akut werden, Umfragen durchführen zu lassen und darauf gezielt zu reagieren. Derzeit bestehe die Situation, dass viele neue Abgeordnete in kurzer Zeit viele Entscheidungen treffen müssen. „Wir haben alle Hände voll zu tun, um diese zu beraten, weshalb ich nun auch nicht vor Ort in Dreisen sein kann“, sagte Walker. Herausforderungen in seinem Beruf sind Desinformationen, die in den Sozialen Netzwerken wuchern, der zunehmende Wettbewerb in der Interessenvertretung, die Anforderungen an die Interessenvertretung steigen nicht nur aus Gründen der Transparenz und Schnelligkeit. Die Digitalisierung kann da helfen. Die Interessenvertretung selbst bleibt menschlich. „Sachliche Darstellung und emotionale Betroffenheit verstärken die Argumentation, weshalb wir Videos von betroffenen Bauern brauchen“, betonte Walker. Letztlich erzielt man Kompromisse, die zentral sind für die Demokratie.

In den Sondierungsgesprächen von SPD und CDU wurden bereits am 8. März die großen Themen Migration, Sondervermögen Infrastruktur, Lockerung Schuldenbremse Verteidigung besprochen. Die vielen untergeordneten Themen wurden von 16 Arbeitsgruppen, bestehend aus den CDU-, CSU- und SPD-Abgeordneten vom 13. bis 23. März bearbeitet. Jede Arbeitsgruppe hat bis zum 23. März ein vierseitiges Papier vorzulegen, wie die Dinge neu geregelt werden können.

In der Arbeitsgruppe 11 Ländliche Räume, Landwirtschaft,

Ernährung und Umwelt wird über den Mindestlohn, Ressortverteilung, Pflanzenschutz, Düngeverordnung, Tierwohl, Steuern und Besteuerung, Erneuerbare Energien sowie die Ernährungspolitik diskutiert.

Der DBV hat sich bereits im Vorfeld der Wahl mit den Kernanliegen an die Abgeordneten gewandt und hat keine Positionierung für eine Partei abgegeben. „So haben viele zumindest schon von unseren Zielen gehört“, bemerkte Walker und es sei nun leichter die Themen zu vertiefen.

„Wird es dieses Mal gelingen, Positionen aus dem ZKL-Papier in die Agrarpolitik aufzunehmen?“ fragte Hartelt. Und Walker meinte, dass aus seiner Sicht hier gelernt wurde. Man wolle nun eine 1:1-Umsetzung der EU-Agrarpolitik und keine Sonderwege mehr. Beim Thema Naturschutz und Landwirtschaft, das Gerold Füge ansprach, sagte Walker, dass die CDU das F.R.A.N.Z.-Projekt vor Augen habe, bei der SPD sei da dringend Überzeugungsarbeit zu leisten.

Taten beim Bürokratieabbau gefordert

Beim Thema Entbürokratisierung habe der Bund 190 Maßnahmen zusammengetragen, die vereinfacht werden könnten. Doch leider seien 80 Prozent in einer Schublade gelandet, bemerkte der Experte, der zusammenfassend über seinen Beruf sagte: „Letztlich zählt Glaubwürdigkeit durch Daten und

Fakten, Zuverlässigkeit, Vernetzung, Allianzen bilden und zur richtigen Zeit, am richtigen Ort, bei den richtigen Personen mit dem richtigen Instrument und Argument zu sein.“ Hartelt nannte Walker ein Frühwarnsystem für Themen, die bald in der Presse aufschlagen werden. „Es ist gut zu wissen, was in Bälde passiert, man sei dann besser vorbereitet.“

Den Bürokratieabbau sprach Füge in seinem Jahresrückblick gleich mehrfach an. Es sei einer der Punkte gewesen, weshalb die Bauern auf die Straße gingen. „Getan hat sich noch nichts“, so Füge. Er nannte zahlreiche Beispiele für Entbürokratisierung wie die Abschaffung von statistischen Erhebungen auf Betriebs-ebene. Dazu zählen die Bodennutzungshaupterhebung, die Viehzählungen, Erhebungen zur Biogaswärmemenge und vieles mehr. Auch sollten grüne Nummernschilder leichter beim Zoll angemeldet werden können und nicht jedes Mal die gesamten Unterlagen eingereicht werden müssen.

Die Stoffstrombilanz sollte abgeschafft werden, denn die Düngung werde bereits in der Düngedarfsermittlung dokumentiert. Sämtliche Aufzeichnungspflichten sollten zudem zum Ende der Saison eingereicht werden müssen und nicht während der Saison. Meldeportale für Stickstoffuntersuchungen, Wirtschaftsdüngerverbringungsverordnung und Nährstoffgehalte sollten wieder gestrichen werden oder deutlich vereinfacht werden, forderte Füge. Laut



Gerold Füge sprach viele Missstände in der Landwirtschaft an. Von der Entbürokratisierung bis hin zur Düngeverordnung. Zugeschaltet war Benjamin Walker (rechts am Bildschirm). Fotos: Setzefand

Walker war auch mal ein Bürokratieabbagesetz geplant, da es zu viele unterschiedliche Zuständigkeiten gebe und Doppelstrukturen bestehen. Das wurde jedoch schnell wieder fallen gelassen. „Statt der Bürokratie sei es besser, die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe in den Mittelpunkt zu stellen“, resümierte Füge.

Futterweizen geerntet, statt Brotweizen

Die Düngegesetzgebung sei zu überarbeiten, denn es kann nicht sein, dass wir im Donnersbergkreis auf guten Böden bei Umsetzung der Düngeverordnung mit 20 Prozent weniger Nährstoffen nur noch Futtergetreide ernten wie im vergangenen Jahr. Sowohl bei Weizen als auch bei Braugerste waren die Eiweißgehalte zu gering, sodass die Partien abgestuft wurden zu Futter.

Füge forderte daher die schnellstmögliche Überarbeitung der Messstellen für die Grundwasserqualität und die Möglichkeit, durch einzelbetriebliche Bilanzierung die Einschränkung der Düngung in roten Gebieten abzumildern.

Auch sei es fachlich sinnvoll, bei angefrorenem Boden, der dann tags wieder auftaut, Düngemaßnahmen durchführen zu können wie dies in Bayern weiterhin erlaubt ist mit der Begründung, dass ein leichtes Überfrieren des Bodens über Nacht unschädlich ist, solange der Boden im Laufe des Tages frostfrei ist oder wird. In Rheinland-Pfalz wurde leider entschieden, dass kein Düngemittel ausgebracht werden darf, sobald die Bodenoberfläche gefroren ist, auch wenn sie um die Mittagsstunden wieder auftaut. „Das sind wichtige fachliche Schritte, die uns Nachteile in der Kulturführung verursachen“, gab Füge zu bedenken.

Begrünung vor Zuckerrüben steigert SBR und Stolbur

Ein Nachteil sei auch die Begrünungspflicht vor Sommerungen. Besonders in Zuckerrüben seien die Begrünungen angesichts der aktuellen Probleme mit SBR und Stolbur, die von der Schilfglasflügelzikade übertragen werden, kontraproduktiv. Es

braucht in der Landwirtschaft bei solchen Vorfällen schnelle Entscheidungen und Tatkraft, die die Menschen in den Ministerien nicht mitbringen.

Auch BWV-Präsident Eberhard Hartelt sprach von einer Arbeitsebene in den Ministerien, die nur verwalte und nichts nach vorne bringe: „Es gibt da keinen Gestaltungswillen, die Angst etwas falsch zu machen übertönt alle Flexibilität. Das ist in Mainz besonders schlimm, ob beim Thema Schulterchluss Artenvielfalt oder anderen Themen.“

Dass der Unmut über die Verwaltungsbeamten inzwischen nicht nur das Ehrenamt in der Landwirtschaft beschäftigt, sondern auch die Kommunen, das bemerkte Landrat Rainer Guth, der die Initiative „Ran an den Zopf“ und gemeinsam mit anderen Kommunen einen bundesweiten Aufruf ins Leben rief. Er sagte: „Unser Staat steht heute vielfach unter Druck: Er gilt als langsam, schwerfällig, unflexibel, wenig initiativ und manchmal überfordert.“

Es gelte, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um staatliches Handeln wieder wirkungsvoller, zielgenauer, umsetzungsstärker, schneller, flexibler und lösungsorientierter zu machen. Einige der Vorschläge sind:

- Effektivere Aufgabenteilung im Föderalismus: Mehr Handlungsspielraum für Kommunen,
- Bürgernahe, effiziente und digitale Verwaltung,
- Wirkungsorientierter Einsatz staatlicher Mittel statt pauschaler Budgetierung,
- Gesetze, die praxisnah mit Kommunen und Betroffenen entwickelt und überprüft werden,
- Attraktivere Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst, um Talente zu gewinnen,
- Partnerschaften mit Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft, um Herausforderungen gemeinsam zu lösen.

Der Aufruf und die Liste der Unterzeichnenden sind abrufbar unter: www.reform-staat.org/zukunftsstaat/.

Der Aufruf zeigt, dass die Untätigkeit der Verwaltung, vielen Sparten in Deutschland Probleme bereitet. Noch ist hier die Landwirtschaft kein Thema, doch das kann sich ja ändern. zep